

eo ipso entwickeln muß, und ich meine auch, es ist nicht Übermut, der die Arbeiter in den Kampf getrieben hat. Gewiß haben die Arbeiter unter Benützung der Koalitionsfreiheit und der ihnen zustehenden Rechte gerade Crimmitschau als den Punkt, wo sie stark organisiert sind, ausgewählt, um dort eine für sie so wichtige Frage, die Frage der Arbeitsdauer, auszupauen. Meine Herren! Die Frage der zehnstündigen Arbeitszeit ist eine Frage ganz für sich. Es ist durchaus möglich, in Erörterungen darüber einzutreten, ob nicht auch reichsgesetzlich derartige Beschränkungen am Platze sind. Nach dem Vorbilde von England und Frankreich wäre das durchaus nicht ausgeschlossen. Was den Kampf erbittert, vergiftet und die Gefahren heraufbeschwört, ist nicht die rein wirtschaftliche Frage, um die es sich eigentlich dreht, sondern es ist die aufreizende Tendenz, die hineingetragen wird durch außenstehende Faktoren, die mit vollem Recht und Fug hier als „unberufene Elemente“ gekennzeichnet worden sind. Meine Herren! Die sozialdemokratische Partei ist es, die sich ja aller Streiks und Aussperrungen bemächtigt und, wie auch in diesem Falle, ganz außerordentlich scharf ins Zeug geht, keineswegs deswegen, um auf dem Boden gegenseitiger Rechtsgleichheit bessere Bedingungen für die Arbeiterschaft zu erreichen, sondern um den Kampf bis aufs Messer heraufzubeschwören, um auf diese Weise die ausschließliche Herrschaft der Massen durchzusetzen, selbst unter Beseitigung des Bestimmungsrechtes, das schließlich jedem Arbeitgeber innerhalb seiner Räume zukommt. Dadurch verschiebt sich der ganze Kampf, den wir in Crimmitschau sehen. Der wirtschaftliche Charakter tritt zurück gegenüber einem Kampfe, der eröffnet worden ist unter sozialdemokratischem Einflusse, der sich schließlich richtet gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung überhaupt, in den einzugreifen meines Erachtens für die Regierung nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht bestand. Wenn dafür die sächsische Regierung gerade im Reichstage von Herrn Abg. Bebel auf das schärfste angefeindet und geschmäht worden ist, wenn die überstürzenden Beleidigungen des Herrn Abg. Bebel schließlich darin gipfeln, daß er unserer Regierung und unserem Lande selbst den Vorwurf macht, das gesamte Verhalten wäre „echt sächsisch“, so möchte ich dem gegenüber folgendes bemerken. Ohne im einzelnen die Mittel und Wege unserer Regierung im Kampfe gegen feindliche Gewalten zu billigen, halte ich es für einen Vorzug der sächsischen Regierung, daß sie den Mut und die Energie besitzt, gegenüber den revolutionären Gewalten auf positive Abwehr zu sinnen und einzutreten für die Aufrechterhaltung der Ordnung.

(Sehr gut!)

Ich meine, es ist weit leichter, wie es der Herr Reichskanzler in Berlin getan hat, in eleganter Rede mit vielen Witz und Spöttereien die Sozialdemokratie zurückzuschlagen und damit einen Augenblickserfolg zu erreichen, als jenen Feinden unseres Staats- und Wirtschaftslebens positiv entgegenzutreten. Ich bin, wenn auch einzelnes vorgekommen sein möge, davon überzeugt, daß die sächsische Regierung durchaus davon durchdrungen ist, daß sie nicht zum Fenster hinaus reden, sondern positiv handeln will im Interesse der gesamten Bevölkerung und nicht zuletzt im Interesse der Arbeiter, die gerade von der Sozialdemokratie auf sehr bedenkliche Bahnen geführt werden. Ich meine, daß unter Umständen das „echt sächsisch“, was der Gipfel der Schmähungen sein sollte, noch einmal von einem künftigen Kulturhistoriker als Ruhmes-titel für die heutige Regierung bezeichnet werden wird. Die Sozialdemokratie selbst hat alle Ursache, wenn sie gerade in diesem Kampfe so laute Worte findet, ihrerseits doch einmal nach den Worten auch Taten zu zeigen.

Meine Herren! Es ist ja nach dem Beispiele des Herrn Reichskanzlers jetzt Mode geworden, der Sozialdemokratie Zensuren zu erteilen. Ich möchte da zu den schon erfolgten Zensuren auch eine hinzufügen: auf dem Gebiete der Grundlosigkeit verdient die Sozialdemokratie ohne Zweifel die Zensur Ia. Sie widerspricht sich in Worten und Taten, in den Forderungen, die sie aufstellt, und in den Handlungen. Überall, wo man Umschau hält und gerade auf dem Gebiete, das den Grund zu dem in Rede stehenden Kampfe gegeben hat, bezüglich der 10stündigen Arbeitszeit, ist die sozialdemokratische Partei als solche mit ihren Anhängseln die letzte, die in dieser Hinsicht unserem Unternehmertum Vorwürfe machen kann. Meine Herren! Überall dort, wo Sozialdemokraten als Arbeitgeber aufgetreten sind, haben sie in der Hinsicht es sehr fehlen lassen. Da gab es nicht die hohen Löhne und auch nicht die kurze Arbeitszeit. Ich kann mich beziehen auf Beschwerden, die mitten aus der Sozialdemokratie selbst laut geworden sind. Auf der Generalversammlung, welche die Lagerhalter der sozialdemokratischen Konsumvereine in Halle hielten, wurde geklagt, daß in diesen Vereinen die gewöhnliche Geschäfts- und Arbeitszeit 61 bis 96 Stunden, also täglich bis zu 16 Stunden betrage.

(Hört, hört!)

Meine Herren! Ähnliches gibt es in Sachsen. In einer Versammlung der Lagerhalter von Konsumvereinen im Königreiche Sachsen zu Chemnitz wurde bekannt, daß dort wöchentlich bis zu 98 Stunden, d. h. täglich über 16 Stunden, gearbeitet worden ist. Ebenso haben in der